



KURDISTAN REPORT

Oktober 1993
Nr. 63
Preis: 3.00 DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan



Türkischer Staatsterror

in

Kurdistan



— INHALT —

Editorial 4

Kurdistan Aktuell

"Wir treten dem Völkermord entgegen!
Wir sind jederzeit zu einer politischen Lösung
bereit!"

Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit

Erklärung der Partei der Demokratie (DEP)

"Wir fordern die sofortige Einstellung der
militärischen und wirtschaftlichen
Unterstützung der Türkei"

"Wir fordern: Schluß mit dem Völkermord in
Kurdistan!"

"Wir machen Radio und kämpfen"

Völkermordanzeige gegen bundesdeutsche
staatliche Stellen wegen Unterstützung des
Völkermordes am kurdischen Volk

4

5

7

8

10

11

13

15

Internationale Reaktionen

Internationale Reaktionen zu den letzten
Entwicklungen in Kurdistan 18

Menschenrechte

Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen 22

Hintergrund

Die Todesmaschinerie der türkischen
Konterguerilla 31

Frauen

Die Frauenfrage ist auch eine Männerfrage 37

Internationales

Mosaik der Völker am Gipfel des Ararat 40

Diskussion

"Wir stehen vor Aufgaben, die dringend und
unaufschiebbar sind" 43

Wir gedenken dem ersten Jahrestag des Todes von Hüseyin Çelebi 49



Kurdische Kinder mit Victory-Zeichen und Stirnbändern in Nationalfarben

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in Kurdistan spitzt sich von Tag zu Tag immer weiter zu. Der türkische Staat und das Militär richten angesichts ihrer Ohnmacht gegenüber den Guerilla-Kräften der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK) von Tag zu Tag ihre Angriffe immer mehr gegen die Zivilbevölkerung, bombardieren und zerstören Dörfer, ermorden oppositionelle Politiker, Journalisten, Menschenrechtler und Gewerkschafter auf offener Straße. Die kurdische Zivilbevölkerung zunehmend massiven Repressionen des türkischen Staates ausgesetzt.

In dieser Report-Ausgabe wollen wir angesichts dieser Entwicklungen insbesondere auf die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan und Türkei und die grausame Gewaltpolitik des türkischen Staates hinweisen. So ist den Menschenrechtsverletzungen sehr viel Platz zugeteilt worden.

Unter Kurdistan-Aktuell möchten wir vor allem die Presseerklärung des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah ÖCALAN, hervorheben, in der er die gegenwärtige Situation bewertet.

Aber auch auf die Repressionen gegen oppositionelle Politiker, Journalisten, Menschenrechtler und Gewerkschafter möchten wir hinweisen. In diesem Zusammenhang veröffentlichen eine Erklärung der Partei der Demokratie (DEP) und verschiedenen Gewerkschafts-Funktionären, sowie dem Menschenrechtsverein (IHD). Hierzu gehört auch ein Aufruf an demokratische Institutionen und Organisationen in der BRD mit dem Ziel, konkrete Schritte gegen diese Repressionen zu unternehmen. Ferner wird in dem Bericht einer Delegationsgruppe, die zwischen dem 18. und 26. September d.J. nach Kurdistan gereist ist, über die Repressionen gegen die oppositionelle Tageszeitung Özgür Gündem und den Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan berichtet.

Ein Interview mit dem Radio "Dengê Kurdistanê Serbixwe", das den Großteil Kurdistans mit Nachrichten versorgt, schließt schließlich diese Rubrik ab.

Gelesen werden sollte vor allem auch der Artikel über die "Todesmaschinerie" die türkische Konter-Guerilla, der sehr viel Hintergrundinformationen zu dem Thema liefert.

Und natürlich haben wir auch in dieser Frage einen Artikel über die "Frauenfrage", die gleichzeitig eine "Männerfrage" ist.

In der Rubrik Internationales berichten wir über das "Mosaik der Völker am Gipfel des Ararat".

Schließlich haben wir in dieser Ausgabe auch eine Rede des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, über die neuen Perspektiven des Sozialismus.

Wir wünschen viel Spaß beim lesen.

solidarische Grüße

Die Redaktion

Am 28. September 1993 erklärte der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan auf einer Pressekonferenz in Bar Elias (Libanon), wie die Arbeiterpartei Kurdistans die aktuelle Lage des Krieges einschätzt und welche Schritte zu einer gerechten Lösung sein können. Wir veröffentlichen Auszüge aus dieser Pressekonferenz:

“Wir treten dem Völkermord entgegen! Wir sind jederzeit zu einer politischen Lösung bereit!”

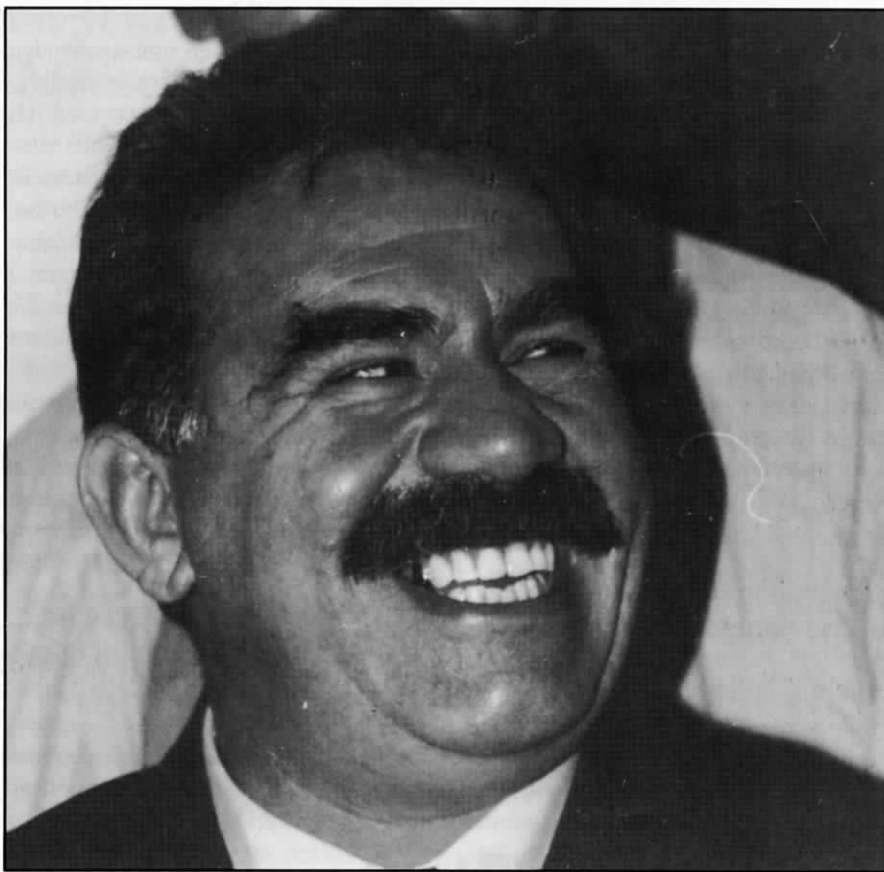
Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, erklärte, daß der Krieg von der militärischen Ebene auf die ökonomische ausgedehnt wird. Er warnte erneut Touristen, in die Türkei zu reisen: “Wir haben schon mehrmals Warnungen ausgesprochen. Der Tourismus unterstützt die Kriegswirtschaft. Bis heute ist kein Tourist ums Leben gekommen. Wenn in Zukunft Menschen sterben sollten, kann uns niemand dafür verantwortlich machen...”

Öcalan forderte vor mehreren dutzend Presse- und Rundfunkvertretern auch die ausländische Investoren auf, nicht in den Tourismussektor der Türkei zu investieren, sondern von solchen Investitionen abzusehen.

Auf eine Frage bezüglich der Erdölpipe- line Baku-Yumurtalik erklärte Öcalan, daß das zuständige Konsortium eine Genehmigung von der PKK einholen müsse. Die PKK würde es auch nicht zulassen, daß die Erdölpipe- line von Irak nach Iskenderun in Betrieb genommen werde, so der PKK-Generalsekretär.

Öcalan betonte, daß die PKK “unter politisch gleichberechtigten Bedingungen zu einer politischen Lösung bereit” sei. “Die PKK ist die überlegene Kraft in diesem Krieg!”

Öcalan, der von den ausländischen Pressevertretern mit Fragen überhäuft wurde, erklärte zu der Aussage des



Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan

Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, Dogan Güres, der erklärt hatte: “Wir werden die Sache bis zum März erledigen”:

“Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates erklärte, daß sie die Guerilla bis zum Frühjahr ‘ausrotten’. Was ist jetzt schon davon übriggeblie-

ben? Gibt es noch die nationale Frage? Gibt es noch die Frage der Demokratie? Oder gibt es gar noch die Frage der Existenz eines Volkes? Wir kämpfen gegen diese Politik und der Widerstand gegen den Hunger, den Durst und die Kälte hat uns noch stärker gemacht. Wir können in alle Berggebiete vordringen. Die Guerilla kann ihre

Anfang Oktober veröffentlichte das Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. den nachstehenden Aufruf an die deutschen Parteien, Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen. Im weiteren Verlauf dieser Initiative ist geplant, einen Trägerkreis zu installieren, der diesen Aufruf unterstützt und auf diese Weise auf die deutsche Regierung einzuwirken, die mit ihrer Politik gegenüber der Türkei den Krieg gegen das kurdische Volk unterstützt. Wer weitere Informationen haben möchte oder aktiv den Aufruf unterstützen will, kann sich an das Kurdistan-Komitee wenden., Hansaring 66, 50670 Köln.

Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit

Protest gegen die Verhaftung und Ermordung oppositioneller kurdischer Politiker, Journalisten, Gewerkschafter und Menschenrechtler

Die Repressionen der staatlich gelenkten türkischen Todesschwadronen gegen oppositionelle kurdische Politiker, Journalisten und Menschenrechtler haben in den letzten Monaten massiv zugenommen. Systematische Folter und die Ermordung von Politikern, Journalisten und Gewerkschaftern auf offener Straße sind nur einige Beispiele dieser staatlichen Gewaltmethoden.

So wurden zwischen dem 7. Mai und 4. September d.J. 6 Mitglieder der Partei der Demokratie (DEP), zuletzt der Abgeordnete Mehmet Sincar, durch die türkischen Todesschwadronen ermordet. 47 Mitglieder der Partei der Arbeit des Volkes (HEP) fielen zwischen dem 10. Juli 1991 und 16. Juli 1993 den Todesschwadronen zum Opfer. Von der oppositionellen Tageszeitung 'Özgür Gündem' wurden 9 Journalisten auf offener Straße ermordet.

Trotz dieser Repressionsmaßnahmen setzen die oppositionellen Politiker, Journalisten, Gewerkschafter und Menschenrechtler ihren legalen Widerstand gegen die antidemokratischen Methoden der türkischen Regierung und für die demokratischen und gleichberechtigten Rechte des kurdischen Volkes fort.

Um diese 'Stimmen der Demokratie' zum Schweigen zu bringen, hat die türkische Regierung in den letzten Wo-

chen Haftbefehle gegen insgesamt 24 Menschenrechtler, DEP-Mitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre erlassen, sowie den Vorsitzenden der DEP, Yasar Kaya, verhaftet.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit führt die türkische Regierung einen schmutzigen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Mit der Absicht, die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung für den kurdischen Befreiungskampf zu brechen, bombardiert das türkische Militär zivile kurdische Siedlungsgebiete und hat seit Anfang 1992 mehr als 600 Dörfer zerstört und die Bevölkerung zur Flucht in die Großstädte gezwungen. Täglich werden hunderte von Menschen verhaftet und gefoltert, Frauen und Kinder vergewaltigt. In dem von der Türkei besetzten kurdischen Gebieten sind alle Menschenrechte außer Kraft gesetzt. Das Gesetz wird vom Ausnahmezustandsgouverneur und damit dem Militär bestimmt.

Bei ihrem Besuch am 20. September d.J. in der Bundesrepublik Deutschland hat die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller in einem Interview kälte-lächelnd erklärt, daß es "keine Kurdenfrage in der Türkei" gebe. Damit verdeutlicht Ciller, daß die türkische Regierung nach wie vor an ihrer Leug-

nungs- und Repressionspolitik gegenüber dem kurdischen Volk festhält.

Mit ihrer Leugnungs- und Repressionspolitik verstößt die türkische Regierung gegen die KSZE-Erklärung von Helsinki, das humanitäre Völkerrecht und die universalen Menschenrechte der UNO. Sie mißachtet alle internationalen Kriegsregeln.

Wir fordern die Parteien, gewerkschaftlichen, kirchlichen und humanistischen Organisationen und die Öffentlichkeit in Deutschland dazu auf, auf die bundesdeutsche Regierung einzuwirken,

- die Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei einzustellen
- die Türkei zu demokratischen Schritten gegenüber der kurdischen Bevölkerung zu bewegen und die Haftbefehl gegen die kurdischen Oppositionellen aufzuheben
- eine Delegation von Bundestagsabgeordneten nach Kurdistan zu entsenden
- bei den europäischen Menschenrechtsinstanzen und der UNO Beschwerde einzulegen

Wir bitten um aktive Unterstützung des Aufrufes!

Erklärung der Partei der Demokratie (DEP) vom 7. September 1993 zu den Angriffen gegen ihre Mitglieder, sowie gegen die oppositionelle Presse, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bekanntlich nimmt die Türkei bezüglich antidemokratischer Maßnahmen und Menschenrechtsverletzungen weltweit den ersten Platz in der Welt ein.

Mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 hat sich das Land von der Demokratie total entfernt und mit der Verfassung von 1982 wurde der gesetzliche Rahmen für das antidemokratische Regime vervollständigt. Wenn auch 1983 die Staatsmacht scheinbar an eine zivile Regierung zurückgegeben wurde und die politischen Parteien wieder an die Regierung kamen, gingen die Menschenrechtsverletzungen

nicht zurück, sondern nahmen noch weiter zu.

Unterdrückung, Einschüchterung und Terror wurden zur generellen Staatsmentalität. Die Forderungen nach den unverzichtbaren elementaren Menschenrechten werden mit Gewalt niedergeschlagen. Korruption und Armut wuchsen derart und bestimmen den Staatsapparat so stark, daß es vor der Öffentlichkeit nicht mehr verborgen werden kann.

In der Türkei gibt es ein kurdisches Problem

Solange der Staat dieses Problem negiert, wird eine Lösung verhindert und alles nur als eine Frage des "Terrorismus" dargestellt. Die militärische Lösung wird in den Vordergrund gestellt. Soziale Probleme konnten noch nie mit militärischen Mitteln gelöst werden, es gibt auf der ganzen Welt kein Beispiel dafür.

Gewalt produziert Gegengewalt. Im Osten und Südosten herrscht Kriegszustand, jeden

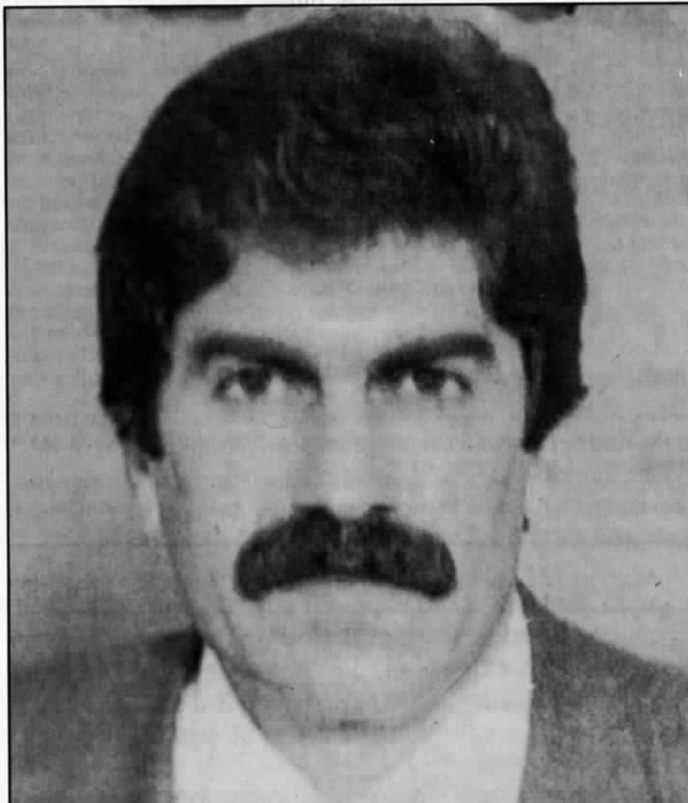
Tag werden 30 bis 40 Menschen getötet. Seit Anfang 1992 wurden über 600 Dörfer total entvölkert, niedergebrannt und zerstört. Die Kriegflugzeuge und Hubschrauber bombardieren Berge und Wälder, die Natur wird zerstört. Der Staat bombardiert jetzt auch größere Städte wie Sîrnak, Cizre, Kulp, Lice, Dogubeyazit, Yûksekoa und Diyardin. Hunderte von Menschen wurden dabei getötet, Tausende festgenommen.

Hunderttausende von Menschen wurden zur Flucht in die Großstädte gezwungen, deren Infrastruktur nicht auf solch einen großen Bevölkerungszuwachs ausgerichtet ist. Die Menschen, die ihre Heimatdörfer verlassen mußten, haben Schwierigkeiten dort Fuß zu fassen, finden keine Unterkunft und keine Arbeit.

Diese im Namen der "Terrorismusbekämpfung" angewandten Methoden führen zu einer großen gesellschaftlichen Unzufriedenheit. Das soziale Leben, die Landwirtschaft, der Handel und das Erziehungswesen sind gelähmt. Die Sicherheit des Lebens in der Region ist angesichts der über 700 Morde unbekannter Täter nicht mehr gewährleistet. Bis heute wurde keiner dieser Mordfälle aufgeklärt, was bei der Bevölkerung Mißtrauen und ein Unsicherheitsgefühl gegenüber dem Staat geweckt hat.

Die steigende Zahl der Menschen, die zur Waffe greifen, machen begreiflich, daß die kurdische Frage nicht mit militärischen Methoden gelöst werden kann.

Der Versuch, die Sehnsucht der Kurden nach einem menschlichen Leben und gleichberechtigten Bedingungen



Mehmet Sincar, am 4. September in Batman ermordet

Vom 18. bis zum 26. September 1993 reiste eine Delegation nach Kurdistan. Zuvor besuchten die Teilnehmer den angekündigten Prozeß gegen die systemkritische Tageszeitung 'Özgür Gündem' in Istanbul. Der Prozeß, bei dem über das Verbot der Zeitung verhandelt werden sollte, wurde erneut verschoben.

Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung der Delegation über ihre Reise in den türkisch besetzten Teil Kurdistans.

“Wir fordern: Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!”

Delegationsbericht aus Kurdistan

Kurdistan ist ein kolonial besetztes Land. Sein Volk wird vom türkischen Staat einem Krieg ausgesetzt, der den Charakter des Völkermordes hat.

Auf unserer Delegationsfahrt durch Kurdistan sahen wir etliche verlassene und zerstörte Dörfer, deren Einwohner von der türkischen Armee verjagt worden waren. Wir haben mit menschen gesprochen, die von der Armee vertrieben und deren Häuser niedergebrannt wurden. Diese Vertreibungspolitik hat dazu geführt, daß beispielsweise die

Einwohnerzahl der Stadt Diyarbakir von 250.000 im Jahre 1979 auf über eine Millionen im Jahr 1993 angewachsen ist.

Nach offiziellen Angaben befinden sich 300.000 türkische Soldaten, Gendarmerie und Polizei, Spezialeinheiten mit 150.000 Mann, 30.000 vom türkischen Staat bezahlte “Dorfschützer” als paramilitärische Einheiten sowie eine große Zahl von Geheimpolizei und Konterguerilla in den sogenannten Gebieten des Ausnahmezustands.

neben dem militärischen Krieg versucht der türkische Staat daher mit massivem Terror seine Macht aufrechtzuerhalten.

Allein in der kurdischen Stadt Batman wurden von Anfang 1992 bis heute 19 Menschen von der staatlich organisierten Konterguerilla ermordet. 17 Lehrer, alle aktive Mitglieder der Lehrergewerkschaft, wurden in eineinhalb Jahren Opfer dieser Todesschwadrone. Am 4. September 1993 wurden Meh-



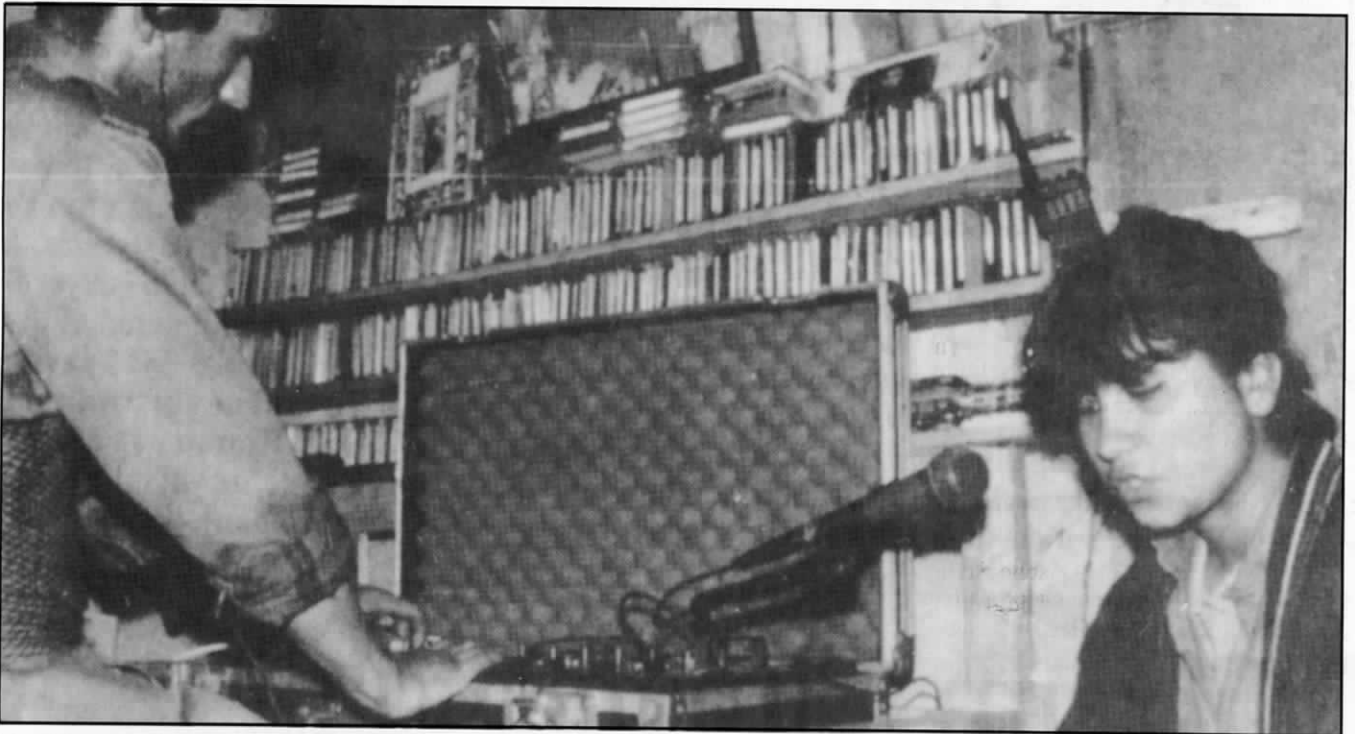
Türkisches Militär in Kurdistan

(Foto: Roland Röder)

Das folgende Interview wurde Ende September 1993 mit einem Genossen des Radios "Dengê Kurdistanê Serbixwe" (Stimme des unabhängigen Kurdistan) geführt. Das Radio sendet seit nahezu einem Jahr und hat mittlerweile eine bedeutende Rolle im Befreiungskampf eingenommen. Das Sendegebiet umfaßt Nordwest-Kurdistan, Ost-Kurdistan und große Teile Süd-Kurdistans.

"Wir machen Radio und kämpfen"

Eine Reportage aus den Bergen Kurdistan



Eine Frauenstimme beginnt die Radiosendung mit: "Hier ist die Stimme der unabhängigen Kurdistan"

Kurdistan-Report: Welche Aufgaben habt Ihr Euch als Radio gestellt? Welches Ziel verfolgt Ihr mit Eurer Arbeit?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Unsere Aufgabe ist es, unser Volk über den Krieg zu informieren. Unser Volk muß die Realität über den Krieg erfahren, da in den türkischen Medien nur Desinformation, Propaganda und Lügen verbreitet werden. Es gibt politische und militärische Ereignisse, über die wir berichten. Wir wollen die Menschen informieren und auch erreichen, daß sie am Kampf teilnehmen. Es geht uns auch darum, die Liebe zum Land und zur nationalen Identität, den Patriotismus, die Liebe zu den Menschen, zum Volk zu entwickeln.

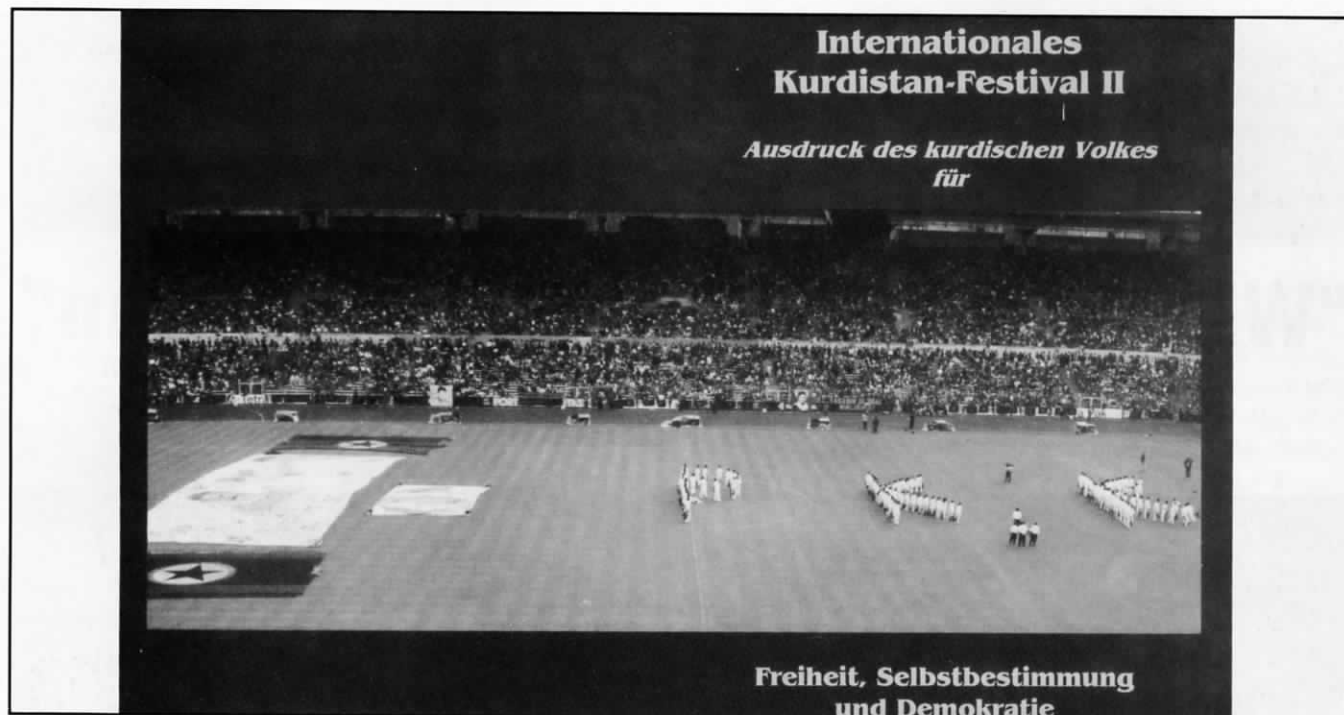
Kurdistan-Report: Ihr sendet von Kurdistan aus. Hier gibt es auch andere kurdische Sender. Wie unterscheidet Ihr Euch von ihnen?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Ja, es gibt auch Sender von anderen Parteien, der KDP, der PUK, der KDP-Iran. Sie senden in Süd- und Ostkurdistan. Ihre Ziele sind andere, als unsere, daher haben sie auch ein anderes Programm. ... Sie haben nie Kurdistan als ganzes, als Einheit vor Augen gehabt, ihr Ziel ist eine Autonomie. Unser Radio wurde zur Unterstützung des Kampfes für ein freies und unabhängiges Kurdistan gegründet. ... Wir werden von keinem anderen Land beeinflusst, wie z.B. der Sender von der KDP-Irak. Sie verfügt über gute Beziehungen zur Türkei und

deshalb berichten sie nichts über die Vorgänge in Nordwest-Kurdistan.

Kurdistan-Report: Wie gestaltet Ihr Euer Programm?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Die Nachrichten über den Krieg in Kurdistan haben Priorität, ebenso politische Entwicklungen und Ereignisse, die sich zwischen der PKK und anderen Ländern oder Organisationen abspielen. Sehr wichtig sind aber auch die kulturellen Sendungen über Folklore, die Literatur und die Geschichte. Derzeit senden wir pro Tag mindestens 7 Stunden. Wir produzieren die Sendungen in den zwei wichtigsten kurdischen Dialekten, in Kurmanci und Sorani aber auch in türkischer Sprache. Demnächst



werden wir auch in arabischer Sprache senden.

Kurdistan-Report: Welche Schwierigkeiten habt Ihr mit Eurer Arbeit? Gibt es besondere Probleme?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Wir haben technische aber auch personelle Probleme, wobei die personellen Probleme uns mehr Sorgen machen. Die Ausbildung der Mitarbeiter ist schwierig, aber wir tun unser Bestes.

Kurdistan-Report: Wir wirkt sich der Krieg auf das Radio und Eure Arbeit aus?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Wir, die

zehn festen Mitarbeiter, sind alle bei der Guerilla. Wir können uns also den Auswirkungen des Krieges nicht entziehen. Wir sind z.B. ständig der Gefahr einer Bombardierung durch den Feind ausgesetzt. Ein anderes Problem ist, daß das Stadium, das unser Befreiungskampf erreicht hat, die Bildung nationaler Institutionen erfordert. Das Radio gehört dazu. Wie ich ja bereits sagte, ist es unser erstes Ziel, die Menschen, unser Volk über den Krieg zu informieren. Wir müssen also Radio machen und kämpfen.

Kurdistan-Report: Gibt es zwischen Euch und den Hörern einen Austausch?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Wir haben kontinuierliche Beziehungen zu den Hörern, zum Volk. Wir bekommen täglich Besuch. Es gehört zu unserer Arbeit bei der Guerilla, einen engen Austausch mit dem Volk zu haben. Wir wissen, daß 80% des Volkes unser Radio hört. Die Menschen kritisieren uns auch und bringen Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeit. Auch die Guerilleros verhalten sich so. Immer wieder versucht der Feind, diese wichtige Verbindung, die das Radio herstellt, mit Störsendern zu unterbrechen, um den Empfang zu verhindern.

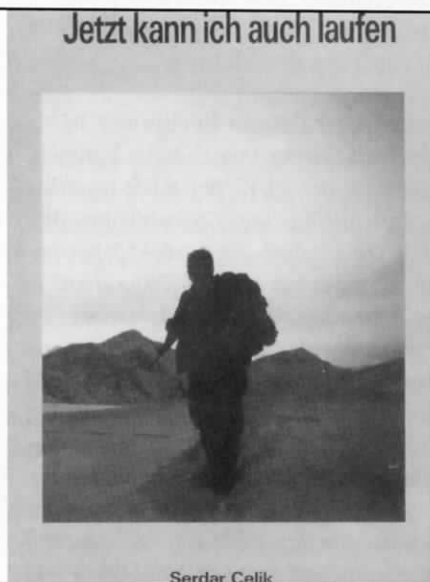
Kurdistan-Report: Habt Ihr Kontakte und Beziehungen zu anderen Radios?

Dengê Kurdistanê Serbixwe: Unsere Beziehungen zu demokratischen Radiosendern in anderen Ländern sind noch nicht genügend entwickelt. Bisher sind die Kontakte eher zufällig und vereinzelt. Wir wollen diese Beziehungen aber weiter entwickeln und ausbauen. Denn wir können von ihren Erfahrungen lernen und unsere Sendungen verbessern. Wir sind sehr an solchen Kontakten interessiert und möchten hiermit alle interessierten Radiomitarbeiter und -mitarbeiterinnen einladen.

Kurdistan-Report: Viel Erfolg für Eure weitere Arbeit und vielen Dank für das Gespräch.

Herausgegeben und
verlegt von
HEVKOM
Verein für die
Solidarität zwischen
den Familien der
Gefallenen
und Gefangenen

Von-Gall-Straße 2
D-44807 Bochum



Mitte September - anlässlich des 1. Todestages des kurdischen Schriftstellers und Journalisten Musa Anter - eröffneten Kurdistan-Solidaritätsgruppen in Deutschland eine Kampagne gegen die Beteiligung der deutschen Regierung am Völkermord in Kurdistan. Im Februar 1993 erstatteten verschiedene politische und Menschenrechtsorganisationen Anzeige gegen die deutsche Regierung und bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk.

Die Anzeige läuft entsprechend dem § 220a Strafgesetzbuch " ... wegen der Unterstützung des Völkermordes und Aggressionskriegen der türkischen Regierung an dem kurdischen Volk". Bis heute gab es von der Bundesanwaltschaft, bei der die Anzeige eingereicht wurde, keine Antwort. Nach einem halben Jahr ist auch das eine Antwort ...

Mit Informationstischen, Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen und Plakaten soll während der Kampagne bundesweit die Bevölkerung aufgeklärt und aufgefordert werden, sich aktiv gegen die Politik der deutschen Regierung zu wenden.

Weitere Informationen gibt es bei den Solidaritätsgruppen, deren Adressen sich im Innenteil des Deckblattes finden.

Völkermordanzeige gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk

In Nordwest-Kurdistan, dem türkisch besetzten Teil Kurdistans, herrscht seit neun Jahren Krieg. Seit 1984 wurden über 600 kurdische Dörfer zerstört, niedergebrannt und mehr als 1,5 Millionen Einwohner aus ihren Dörfern und Städten vertrieben. Die türkische Regierung hat nun vor wenigen Wochen dem kurdischen Unabhängigkeitskampf den "totalen Krieg" angesagt. Die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, hatte in diesem Jahr mit einem einseitigen Waffenstillstand im März den Weg freigemacht für eine politische Lösung der Kurdenfrage. Die türkische Regierung aber forcierte den Krieg, die Bombenangriffe auf kurdische Dörfer und Städte, die Morde an Journalisten, Vertretern kurdischer Organisationen und anderer Zivilpersonen. In den letzten vier Monaten wurden über 100 Dörfer von Panzern bis auf die Grundmauern zerstört. In den letzten Wochen zwangen Militäreinheiten die Bewohner von 500 Dörfern an der Grenze zum Irak, ihre Heimat zu verlassen. Die türkische Armee setzt immer häufiger Giftgas ein: zuletzt am 30. Juli in der Provinz Maras bei einem Gefecht am Berg Nurhak, wo 19 kurdische Befreiungskämpfer grausam durch Gas massakriert wurden. In Batman wurde am 4. September der Kurdische Parlamentsabgeordnete Mehmet Sincar von der Demokratischen Partei (DEP) von Todesschwadronen ermordet. Wenige Tage später wurde eine Trauerdemonstration in Ankara von Polizeikräften überfallen, 10 Menschen wurden durch Schüsse verletzt, 1.500 festgenommen.



Bilder von der Stadt Sirnak, die am 8. August 1992 durch das türkische Militär angegriffen wurde.

Die Waffen der türkischen Armee stammen zu großen Teilen vom NATO-Partner Deutschland

Erstmals wurde einer breiten Öffentlichkeit in der BRD das ganze Ausmaß des türkischen Völkermordes mit deutschen Waffen im letzten Jahr bekannt durch die Angriffe der türkischen Armee auf die kurdischen Newroz - Feiern und bei der völligen Zerstörung der kurdischen Städte Sirnak und Kulp sowie zahlreicher kurdischer Dörfer. Die Medien zeigten den Einsatz deutscher Panzer während der Newroz-Feiern am 21. März 1992 in Sirnak, Cizre und Nu-

saybin. In Nusaybin wurden 24 Menschen umgebracht, davon sechs von Panzern zermalmt. In Sirnak starben 25 Menschen, in Cizre 40, in Van zwei ... Über 100 Kurdinnen und Kurden wurden an diesem 21. März 1992 ermordet, die Zahl der Verletzten geht in die Hunderte. Diese Operationen der türkischen Armee sind keine Einzelfälle. Jede dieser Operationen findet mit deutschen Waffen statt. Zuletzt berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 9. August über die Zerstörung von 108 Dörfern durch türkische Sicherheitskräfte unter Einsatz deutscher BTR-60-Panzer. Die Regierung unter Ministerpräsidentin Ciller forciert den Einsatz von Gift-

gas, die Ermordung kurdischer Politiker, Journalisten und Zivilpersonen sowie die Zwangsdeportationen der kurdischen Landbevölkerung.

Der Einsatz deutscher Waffen beim Völkermord in Kurdistan ist der Bundesregierung bekannt

Die Bundesregierung deckt den Einsatz deutscher Waffen durch ihren NATO-Partner Türkei in Kurdistan. Sie hat die Begründung der türkischen Regierung für diesen Massenmord übernommen: Die Waffen werden gegen "Terroristen" eingesetzt. Der Bundesregierung ist bekannt: Täglich sterben in Kurdistan bis zu 20 Menschen, täglich werden mehrere Dörfer zerstört, täglich werden hunderte von Menschen in Kurdistan zur Flucht gezwungen. Der Bundesregierung ist bekannt, daß die türkische Armee seit 1988 mindestens 11 mal Giftgas eingesetzt hat.

Der Bundesregierung sind die zahlreichen Anklagen von Menschenrechtsorganisationen bekannt, sie ist informiert über die ständigen Verstöße des türkischen Militärs gegen international geltendes Kriegsrecht wie der Genfer Konvention, gegen Völkerrecht wie die UN-Menschenrechtscharta oder das Genozidabkommen. Der Bundesregierung ist bekannt, daß die Europäische Menschenrechtskonvention in den kurdischen Provinzen der Türkei seit 1991 außer Kraft gesetzt ist, daß über diesen Gebieten seit 1978 der Ausnahmezustand verhängt ist. Aber die Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik gehen ungebrochen weiter. Seit dem Militärputsch 1980 in der Türkei leistete die Bundesregierung der türkischen Armee von 1980 bis 1991 für 3,95 Milliarden DM Verteidigungs-, Rüstungs- und Materialhilfe. 1992 betrug die Rüstungs- und Materialhilfe 1,5 Milliarden DM. Seit dem Golfkrieg 1991 übergab die Bundesregierung der Türkei Waffen und militärisches Großgerät der ehemaligen NVA im Wert von 2,1 Milliarden DM, offiziell als Entschädigung für wirtschaftliche Einbußen und als "Abgaben im Rahmen humanitärer Hilfe" tituliert. Die Bundesregierung genehmigte westdeutschen Rüstungskonzernen weiterhin in der Zeit von 1985 bis 1991 die Ausfuhr von Rüs-

stungsgütern in die Türkei im Wert von 3,7 Milliarden DM.

Für den Einsatz in Kurdistan lieferte die Bundesregierung an die türkische Armee u.a.:

Giftgasabschußapparate: Giftgas wird u.a. von tragbaren Abschußapparaten abgefeuert. 190 davon wurden aus der BRD am 9.11.1990 und am 15.1.1991 geliefert. Bei dieser Lieferung befanden sich auch die nötige Anzahl von Schutzkleidung und Gasmasken.

Panzer und Panzermunition: Die Dörfer und Städte werden von Panzern beschossen und zerstört. Bis Ende 1992 lieferte die Bundesregierung 600 Leopardpanzer. Aus dem Bestand der NVA wurden 300 BTR-60-Panzer mit 60 Millionen Schuß Munition kostenlos an die türkische Armee abgegeben.

Kampfflugzeuge: Die türkische Luftwaffe bombardiert z.Zt. flächendeckend kurdische Gebiete bei Hakkari, Bitlis, Van, Batman, Agri. Anfang 1993 erhielt die türkische Luftwaffe 48 Phantom-Kampfflugzeuge von der Bundeswehr.

Gewehre, Panzerfäuste, Hubschrauber, Raketen: Das türkische Militär schießt auf Demonstrationen und Beerdigungs-

züge, zuletzt auf Demonstrationen am 15. August, wo in Malazgirt 50 und in Digor 20 Menschen starben, oder am 9. September in Ankara (Anlässlich eines Trauermarsches für den von Todeschwadronen ermordeten Mehmet Sincar, Anm. d. Red.). In Kilit Tas, Varli und Koca wurden die Demonstranten mit Hubschraubern und Raketen angegriffen. Auch diese Waffen stammen aus der BRD: die gesamte türkische Armee ist mit deutschen Gewehren, Maschinenpistolen und -gewehren ausgerüstet. Zuletzt schickte die Bundesregierung umsonst an die türkische Armee 256.000 Maschinenpistolen des Typs Kalaschnikow mit 100 Millionen Schuß Munition aus NVA-Beständen, 105.000 Panzerfäuste mit Munition, 5.000 Maschinengewehre mit 300 Millionen Schuß Munition, Boden-Luft-Raketen sowie für MBB-Hubschrauber Raketen und Bomben. Diese Lieferungen aus NVA-Beständen wurden von der Bundesregierung als "Abgaben im Rahmen humanitärer Hilfe" im Bundestag deklariert.

Die Bundesregierung ist mitschuldig am Völkermord in Kurdistan

Die deutsche Bundesregierung denkt überhaupt nicht daran, gegen den Völkermord in Kurdistan zu protestieren

und die Waffenlieferungen einzustellen. Verteidigungsminister Rühe im November 1992, Bundeskanzler Kohl im Mai 1993 und zuletzt der Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann - sie alle erklärten: der Einsatz der deutschen Waffen in Kurdistan ist gerechtfertigt. Bundeskanzler Kohl entdeckte in der Türkei keine Menschenrechtsverletzungen, gegen geltendes Völkerrecht, das an dem Recht jeder Nation auf selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Unabhängigkeit festhält, ist der Unabhängigkeitswille des kurdischen Volkes für die Bundesregierung "Terrorismus".

Wir fordern:

- **Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei!**
- **Unterstützung für Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien, der Türkischen Republik und der Arbeiterpartei Kurdistans, zur sofortigen Einleitung eines beiderseitigen Waffenstillstandes!**



Deutscher BTR-60-Panzer aus den alten NVA-Beständen

Internationale Reaktionen zu den letzten Entwicklungen in Kurdistan

Gemeinsamer Entschließungsantrag im Europäischen Parlament

15. September 1993

eingereicht von den Abgeordneten SAKELLARIOU im Namen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

VERHAGEN; LAGAKOS und COMEN-RUIJTEN im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei

ROTH im Namen der Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

SIMEONI und CANAVARRO im Namen der Regenbogen-Fraktion EPHREMIDIS im Namen der Fraktion "Koalition der Linken"

anstelle der Entschließungsanträge von den Abgeordneten:

- BJORNVIG und anderen im Namen der Regenbogen-Fraktion

- ROTH im Namen der Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

zur Ermordung von Mehmet Sincar, kurdischer Abgeordneter der Türkei und zur Lage der Kurden in der Türkei

Das Europäische Parlament.

A. unter Verurteilung des Anschlags vom 4. September 1993 in Batman (türkisches Kurdistan), bei dem Mehmet Sincar, kurdischer Abgeordneter der Demokratischen Partei (DEP, ex-HEP), und ein weiteres Mitglied der Partei umgekommen sind,

B. in der Erwägung, daß Sincar einer Gruppe von Abgeordneten der Region angehörte, die Ermittlungen über die politische Gewalt in Batman (mehr als 300 Tote in den vergangenen Jahren) durchführen,

C. in der Erwägung, daß die türkischen Militärkräfte und ihre Handlanger unter Verdacht stehen,

D. in der Erwägung, daß Mehmet Sincar eines der Opfer einer langen Reihe ungeklärter politischer Morde ist.

E. unter Hinweis auf die immer weiter steigende Zahl von Menschen, die im Südosten der Türkei von bewaffneten Kräften ermordet werden,

F. unter Hinweis auf die steigende Zahl von Versammlungsverboten, von Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit durch die Konfiskation und das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, die über die tatsächliche Situation im Südosten des Landes berichten,

G. unter Hinweis darauf, daß die Achtung der elementarsten Menschenrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten niedergelegt sind, eine wesentliche Vorbedingung für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft darstellt,

H. unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu den türkischen

Kurden,

1. bedauert zutiefst den Tod der beiden führenden Vertreter der DEP;

2. fordert die Aufklärung dieser Morde und aller anderen bisher ungeklärten Ermordungen und verlangt, daß die Schuldigen vor Gericht gestellt werden;

3. verurteilt jede Form von Gewalt und Terrorismus;

4. fordert die türkischen Behörden auf, den Ausnahmezustand in den Provinzen mit kurdischer Mehrheit zu beenden und die Achtung der Menschenrechte in der Region zu garantieren;

5. fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedsstaaten auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um auf die Türkei dahingehend einzuwirken, daß sie in einen politischen Dialog mit den in der Türkei lebenden Kurden eintritt;

6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der türkischen Regierung, der Kommission, dem Rat, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und den Mitgliedsstaaten zu übermitteln.

Pax Christi / internationale katholische Friedensbewegung

Terror gegen das kurdische Volk beenden - Keine militärische Zusammenarbeit mit der Türkei!

Erklärung des Präsidiums von Pax Christi zur Lage der Kurden in der Türkei

Der Krieg in Türkei-Kurdistan eskaliert:

Die türkische Armee betreibt offensichtlich eine Politik der "verbrannten Erde". Mit modernsten Kampfflugzeugen bombardiert die Luftwaffe kurdische Dörfer. 140 000 Soldaten durchkämmen die kurdischen "Provinzen", vertreiben die Bewohnerinnen und Bewohner, brennen die Dörfer nieder und unterdrücken mit brutalen Mitteln jeglichen Protest. Nach Angaben türkischer Zeitungen und Parlamentsabgeordneter sind allein zwischen dem 25.

TAGEBUCH DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN



Recep Demirtas wurde auf der Straße beim Verteilen von Özgür Gündem in Diyarbakir angegriffen

Chronologie des Staatsterrors

Am 27. August wurden zwei Bauern aus dem Dorf Gunde Mele (Balveren) in Sirnak beim Holzsammeln von Soldaten der türkischen Armee ermordet. Der Stadtteil Cem Kuriq in Sirnak-Cizre wurde am 27. August von Polizei- und Spezialteamkräften überfallen. Sie beschossen die Wohnhäuser und nahmen anschließend Massenverhaftungen vor. Die Bewohner wurden unter Schlägen und Tritten aus den Häusern gezerzt und auf einem Platz im Stadtzentrum getrieben. 50 der Festgenommenen wurden zur politischen Polizei gebracht. Einen ähnlichen Überfall führten die Sicherheitskräfte auch im Dorf Kiles in Diyarbakir-Ergani durch. Dabei wurden die Jugendlichen mit Gewehrläufen geschlagen und 16 von ihnen festgenommen. Das Dorf wurde bis zum Mittag umzingelt. Am 27. August wurden die Bewohner des Dorfes Söğütlü in Mus-Bulanik auf dem Nachhauseweg von einer Hoch-

zeit von 60 Spezialteamkräften bedroht und der 15-jährige I.V. so brutal zusammengeschlagen, daß er lebensbedrohlich verletzt wurde.

Am 28. August wurden die Redaktionsräume der Tageszeitung Özgür Gündem in Batman gegen 9.00 Uhr von der Polizei überfallen. Der Korrespondent Vehbiye Tüzün und der im Vertrieb tätige Cevdet Celbek wurden festgenommen, am Abend aber wieder freigelassen. Das Redaktionsgebäude wurde aber noch längere Zeit von der Polizei umzingelt.

Auf der Hochebene Hakkari-Cukurca wurden mehrere Dörfer zwei Tage lang aus der Luft bombardiert und Waldgebiete niedergebrannt.

Am 28. August wurde das Dorf Siphani in Agri-Dogubeyazit gegen 11.00 Uhr von den Staatskräften mit einem Kugelhagel beschossen. Bei dem bis zum nächsten Morgen um 6.30 Uhr dauernden Angriff wurde an allen Häusern Schäden angerichtet.

Am 29. August kam es in Kanicemed in Sirnak-Beytüşebap zu einem Gefecht zwischen der Volksbefreiungs-

mee Kurdistans und der türkischen Kolonialarmee, bei dem zwei Soldaten der türkischen Armee getötet, drei verletzt und drei gefangen genommen wurden.

Am 29. August wurde das Dorf Magrip in Siirt-Kurtalan von den Staatskräften überfallen. Sie beschossen die Wohnhäuser und nahmen 15 Menschen fest. Am gleichen Tag wurde auch das Dorf Agacköprü in Bitlis überfallen, wo elf Menschen wegen angeblicher "Unterstützung der Terroristen" festgenommen wurden.

In Hakkari wurden am 2. September 30 Jugendliche von der Gendarmerie festgenommen, als sie sich für den Militärdienst in der türkischen Armee melden wollten. Ihnen wird unterstellt, sie wollten zur türkischen Armee, um von dort zur ARGK überzulaufen. Einige Wochen zuvor haben sich 17 Jugendliche aus Hakkari-Uzundere der Volksbefreiungsarmee Kurdistans angeschlossen. Ihre Angehörigen wurden in den ersten Septembertagen von der Gendarmerie festgenommen und in der Gendarmeriestation Uzundere gefoltert.

auf solche Weise behandelt wird, ist das der deutlichste Indikator dafür, daß diejenigen, die sich demokratisch geben wollen, mit zweierlei Maß messen." Der DEP-Abgeordnete Mahmut Kilinc sagte, daß die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts gegen Yasar Kaya wegen seiner Rede beim KDP-Kongreß in Erbil am 16. August ermittelt.

Quelle: Özgür Gündem 17.9.93

Prozeß gegen die Zeitung Özgür Gündem

Vor dem 2. Staatssicherheitsgericht Istanbul wurde am 16. September der Prozeß gegen die Tageszeitung Özgür Gündem fortgesetzt. Angeklagt sind der Herausgeber der Zeitung, Yasar Kaya und der presserechtlich verantwortliche Chefredakteur Isik Yurtcu. Der Zeitung droht ein befristetes Erscheinsungsverbot wegen verschiedenen für den Staat mißliebigen Artikeln. U.a. wird die Zeitung wegen den Artikeln mit dem Titel "Du lebst, Onkel Musa", über die Ermordung des 74-jährigen kurdischen Schriftsteller Musa Anter wegen "Separatistischer Propaganda" und "Aufdeckung der Identität von Personen, die in der Terrorismusbekämpfung tätig sind" und wegen Interviews mit Osman Öcalan im Zusammenhang mit dem Südkurdistankrieg Ende letzten Jahres wegen "Veröffentlichung von Erklärungen von Organisationen" angeklagt.

Das Gerichtsgebäude war von einem massiven Polizeiaufgebot belagert. Viele Leser/innen der Zeitung Özgür Gündem und Vertreter/innen demokratischer Massenorganisationen wollten den Prozeß beobachten, wurden aber nicht eingelassen. Ein Teil der Zu-

schaauer, denen es gelang, in den Gerichtssaal zu kommen, wurde schikanös durchsucht und später aus dem Saal verwiesen, weil sie angeblich auf Plätzen saßen, die nicht für Zuhörer/innen vorgesehen sind. Der Prozeß wurde auf den 28. Oktober vertagt, später dann wegen der Aussage des verhafteten Herausgebers und DEP-Vorsitzenden Yasar Kaya auf den 11. November verschoben.

Die Wochenzeitung Yeni Ülke, die vor mehreren Monaten ihr Erscheinen eingestellt hat, wurde wegen einem Artikel des vor einem Jahr von der Konterguerilla ermordeten Musa Anter vom Januar letzten Jahres zu einer Geldstrafe von 2,5 Millionen TL verurteilt, weil sich der MHP-Faschistenführer Türkeş durch den Artikel persönlich beleidigt fühlte. Wenn der damalige presserechtlich verantwortliche Chefredakteur Yusuf Cacim die hohe Geldstrafe nicht bezahlen kann, muß er drei Monate ins Gefängnis und 2 Millionen TL zahlen.

Quelle: Özgür Gündem 17.9., 18.9., 22.9.93

Journalist Mehmet Yazici in der Haft mißhandelt, Sadi Etdöver "verschwunden"

Der Samsun-Vertreter der Zeitung Öz-

gür Gündem, Mehmet Yazici erklärte nach seiner Freilassung durch das Staatssicherheitsgericht Erzurum am 17. September, daß er während seiner grundlosen Inhaftierung im Gefängnis in Erzurum und bei der politischen Polizei mit Schlägen mißhandelt und beleidigt wurde, weil er für diese Zeitung arbeitet.

Am 23. September wurde der Gündem-Korrespondent von Karakocan, Sadi Etdöver, von Polizisten der politischen Polizei festgenommen. Als seine Familie zur Wache ging, bestritten die Beamten, Etdöver festgenommen zu haben und behaupteten, sie wüßten nicht, wo er ist.

Mit ihm wurde Ubeydullah Kilic festgenommen, der ebenfalls "verschwunden" ist. Am gleichen Tag wurde die Wohnung des Iğdir-Korrespondenten Sabri Bölek von der politischen Polizei überfallen. Der Journalist war nicht Zuhause, die Polizei verschleppte seinen Vater.

Quelle: Özgür Gündem 19.9.93, 25.9.

Acht Menschen an einem Tag von der Konterguerilla ermordet

Am 27. August hat die Konterguerilla in Silvan, Batman und Kozluk sieben Menschen ermordet und fünf Men-



Ein weiterer Zeitungsvertrieber, Mahmet Balamir, in Diyarbakir mit einem Langmesser angegriffen

Die Todesmaschinerie der türkischen Konterguerilla

Wie sie gegründet wurde

Die Türkei trat am 4. April 1952 der NATO bei. Im gleichen Jahr begann auch die Organisation, die unter dem Namen "Gladio" von sich reden machte und mit offizieller Bezeichnung "Super NATO" heißt, die türkische Konterguerillaorganisation "Seferberlik Taktik Kurulu" (Organ der taktischen Mobilisierung) STK im Gebäude der CIA-Organisation "Amerikan Yardim Heyeti" (Amerikanische Hilfsdelegation) (JUSMATT) im Stadtteil Bahcelievler in der türkischen Hauptstadt Ankara ihre Aktivitäten. (*1)

Die von den USA abhängigen NATO-Armeen begannen nach den Erfahrungen von Korea und Vietnam in den 60er Jahren innerhalb ihrer Struktur spezielle Einheiten für den Guerillakampf zu organisieren. Das zwischen der türkischen und der US-amerikanischen Regierung 1959 unterzeichnete Militärabkommen sah den Einsatz der Konterguerilla "auch gegen einen gegen das Regime gerichteten inneren Aufstand" vor. (*2)

Das STK wurde 1965 neu strukturiert und bekam den Namen "Özel Harp Dairesi" (Spezialkriegsbehörde) ÖHD. Sie untersteht dem Vorsitzenden des Generalstabs und ist auch unter Namen wie "Özel Kuvvetler Komutanlığı" (Kommandatur der Spezialkräfte) und "Harekat Dairesi" (Operations-Abteilung) bekannt.

Obwohl mit der "Gladio"-Affäre 1990 in Italien herauskam, daß es auch in den anderen NATO-Mitgliedsstaaten diese Geheimorganisationen gibt, daß sie engen Kontakt mit den Geheimdiensten dieser Länder unterhalten und in eine Reihe von Morden und Bombenanschlägen verstrickt sind, leugneten die Verantwortlichen der türkischen Armee und des Staates immer noch die Existenz einer solchen Organisation in der Türkei.

Erst nachdem Wilhelm Colby, ehemaliger CIA-Chef, erklärt hatte "auch in

der Türkei existiert eine solche Organisation", zogen die türkischen Verantwortlichen ihre falschen Behauptungen, es gebe kein türkisches Gladio, wieder zurück. Am 3. Dezember 1990 gaben der Vorsitzende der "Harekat Dairesi" (Operations-Abteilung) des türkischen Generalstabs, General Dogan Beyazit und der Kommandant der "Özel Kuvvetler" (Spezialkräfte), General Kemal Yilmaz, ein Pressestatement ab. In diesem Statement erklärten sie, daß der Name der Spezialorganisation der NATO in der Türkei "Özel Harp Dairesi" (Spezialkriegsbehörde) und ihre Aufgabe sei, "im Falle einer kommunistischen Besetzung den Widerstand zu organisieren". Weiter erklärten sie, daß diese Organisation 1974 in Zypern und 1980 gegen die PKK in Kurdistan gekämpft hat, daß jedoch die geheimen Mitglieder dieser Organisation, die sie als "Vaterlandsliebende" bezeichneten, "nicht in Verbindung mit der Konterguerilla" stünden. Diese letzte Behauptung ist eine glatte Lüge. Der blutige Putschdiktator des 12. September 1980, Kenan Evren, schrieb in seinen Memoiren, daß sich der Ministerpräsident Süleyman Demirel in den 70er Jahren schriftlich an ihn gewandt habe mit dem Wunsch die Spezialkriegsbehörde bei gesellschaftlichen Vorfällen einzusetzen. (2) Demirel dementierte diese Erklärung. Bülent Ecevit, der ebenfalls in den 70er Jahren Ministerpräsident war, erklärte: "Ich erfuhr als Ministerpräsident erst 1974 von ihrer Existenz und zwar dadurch daß der Generalstabchef Semir Sancar Geld für geheime Zahlungen an die Spezialkriegsbehörde wollte. Ich war schockiert" (3).

Wie und für was ist die Spezialkriegsbehörde organisiert?

Das Gründungsziel der Spezialkriegsbehörde lautet: "Im Falle einer kommunistischen Besetzung oder eines Aufstandes mit Guerillamethoden und unter Anwendung aller möglichen Un-

tergrundtätigkeiten diese Besetzung zum Scheitern zu bringen." (4) Die Methoden des Spezialkriegs, die angeblich zur Verhinderung einer kommunistischen Besetzung oder eines Aufstandes gelehrt werden, umfassen u.a. "Morde, Bombenattentate, bewaffneter Raubüberfall, Folter, Angriffe, Entführung, Bedrohung, Provokation, Milizenbildung, Geiselnahme, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Verbreitung von Falschmeldungen, Gewalt und Erpressung" (5).

Die Lehrbücher der Konterguerilla-Experten aus den USA wurden ins türkische übersetzt, mit ihnen werden die oben genannten Methoden für den Spezialkrieg in der Türkei vermittelt. Einige dieser von US-Spezialisten entwickelten Lehrbücher sind: "US-Army FM 31-16" (Operationen der Konterguerilla), "US Army Special Warfare School" (Taktik und Techniken der Konterguerilla-Operationen), "FM 31-20" (Operationstechniken der Spezialkräfte), "FM 31-21 Special Forces Operations" (ST-Anweisungen für die Städte, 31-21 Guerillakrieg und Operationen der Spezialkräfte), "FM 31-21 A. Special Forces Operations (U) (Geheime Operationen der Spezialkräfte)" (6)

Die türkische Konterguerilla entwickelte vielfältigste und ausgefeilteste Methoden für ihren Krieg gegen die PKK. Seit 1985 wurden eine Reihe neuer Lehrbücher und Anweisungen für die Konterguerilla herausgebracht. 1985 erschien, von der Kommandatur für Spezialkrieg des Generalstabs herausgegeben und als Lehrbuch in den Konterguerilla-Lagern benutzt, das Buch "İç Güvenlik Konsepti" (Konzept der Inneren Sicherheit) ist nur eines davon.

Die Untergrundelemente der Spezialkriegsbehörde, also die Elemente, die die Aktionen ausführen, werden Konterguerilla genannt. Die Spezialkriegsbehörde kann mit der Konterguerilla gleichgesetzt werden, denn es ist das Element der Konterguerilla, das die

Spezialkriegsbehörde erst zu einem praktischen Faktor macht.

Die türkische Konterguerilla hat viele Schulen in der Türkei, in der die Konterguerillas ausgebildet werden: in Ankara, Bolu, Kayseri, Izmir-Buca, Canakkale und nach 1974 auf Zypern. "In der Bergkommando-Schule in Bolu wurden sogar Grünbarette (Delta Forces) ausgebildet, die in Vietnam kämpften." (7)

Die Konterguerilla-Teams, die fanatisch gegen die "Gefahr" des "Kommunismus" und "Separatismus" erzogen werden, deren Köpfe mit Chauvinismus vollgestopft werden, werden auf alle gehetzt, die in Opposition zum Regime stehen. Denn ihr Ziel, das sie mit Unterstützung der USA verfolgen, ist "die Bildung einer kompetenten militärischen und halb-militärischen Kraft gemeinsam mit den Sicherheitskräften zur Sicherung der inneren Sicherheit." (9)

Nicht nur die "Kommunisten", sondern jegliche demokratischen Bewegungen sind in ihren Augen eine Gefahr, die sie mit Konterguerillamethoden bekämpfen wollen. Als Gefahr wird in den Lehrbüchern der US-amerikanischen Kriegsdoktrin dargestellt: "Unsere Sicherheit ist nicht nur durch offene Angriffe bedroht, sondern auch von Bedrohungen anderer Art, die noch ge-

fährlicher sind als die offenen Angriffe aber nicht wie Angriffe aussehen. Diese Gefahren sind die Versuche, Veränderungen und Wandlungen im Inneren herbeizuführen" (10)

Die ausgewählten Elemente der türkischen Konterguerilla mitsamt den Generälen wurden alle in den USA an Konterguerillaschulen ausgebildet. Die Ausbildungsziele werden folgendermaßen beschrieben: "Das Ziel der Militärlhilfe ist es, Soldaten aus unterentwickelten Ländern entsprechend der US-Ideologie zu erziehen und diese in der Zukunft dann zur Lenkung ihrer Länder nutzbringend einzusetzen" (11). Bei der Ausbildung in den USA werden den Konterguerillakräften "gesellschaftliche Probleme in ihren Ländern erläutert, Filme gezeigt, die die Aggressivität und Umsturzgefahr durch die Kommunisten demonstrieren, der Umgang mit Sprengstoff unter Aufsicht der Green Baretts in Matamoros in der Nähe der mexikanischen Grenze erprobt, es wird gelehrt, wie man lautlos einen Menschen tötet, ersticht, erstickt etc." (12) Weitere Orte, an denen türkische Offiziere ausgebildet werden, sind die "Escuela de los Americas" in Panama, die zum "Southern Command" US-Stützpunkt gehört, die "Police Academie" in der Nähe von Was-

hington und die Stützpunkte "Schongau" und "Oberammergau" in der BRD. (13)

Ein Teil der Spezialkriegsbehörde besteht aus Offizieren offizieller Einheiten, die "A"-Einheiten oder "Spezialoperations-Einheiten" genannt werden. Mit der Verschärfung des Krieges wurden in der Struktur der Spezialkriegsbehörde "B"-Einheiten gebildet, die aus bezahlten und freiwilligen Kommandokräften bestehen. Beide Arten von Einheiten kämpfen unter Anwendung der Konterguerillataktik.

Die von der Spezialkriegsbehörde ausgebildeten Kräfte bildeten überall Organisationen in Form von Zellen. Diese Elemente werden "Vaterlandsliebende" genannt, die in erster Linie als Agent Provokateurs in politische Parteien, staatlichen Stellen und oppositionelle Gruppen eingeschleust werden.

Das stärkste Standbein der Spezialkriegsbehörde ist der Geheimdienst. In der Türkei untersteht der Geheimdienst dem Generalstab und somit der Spezialkriegsbehörde. Die Zivilregierung hat keinerlei Kontrollrecht über den Geheimdienst. In der Türkei gibt es verschiedene Geheimdienste: den MIT (Nationale Geheimdienstorganisation), den Geheimdienst der Gendarmerie, den Geheimdienst des Generalstabs,



Der Ausnahmezustandsgouverneur, Ünal Erkan, mit Spezialeinheiten

DIE FRAUENFRAGE IST AUCH EINE MÄNNERFRAGE

5) Die freie Frau steht mit dem freien Mann in einer Reihe

Die Haltung zur Frauenfrage und zum unterdrückten Geschlecht ist ein Maßstab dafür, ob die Befreiung wirklich richtig und ganz vollzogen wird. Die von uns bisher genannten und erläuterten Auffassungen und männlichen Verhaltensmuster, die sich gegen die Frauen richten, sind Ausdruck des verkommenen Kolonialismus, der Struktur der alten Gesellschaft, der reaktionären Beziehungen und Institutionen. Deshalb kann es nicht akzeptiert werden, wenn der patriotische, revolutionäre und sozialistische Mann diese alte Einstellung und Verhaltensweise in die Reihen der Revolution und des nationalen Befreiungskampfes, in die Reihen der Front, der Partei und der Armee hineinträgt und so die Diskriminierung der Frau in der Gesellschaft in einer anderen Form aufrecht erhält.

Es bleibt nur oberflächlich, wenn wir denken, Gleichberechtigung von Mann und Frau bedeutet, daß die Frau nicht geschlagen wird, daß sie nicht wie ein Stück Ware verkauft wird, daß sie arbeiten gehen und sich "modern" kleiden kann. So ein Denken reicht nicht aus. Es entwickelt nur eine sehr subtile Weise der Frauenunterdrückung, indem sie angeblich geschützt wird. Die überholten, rückständigen Merkmale der Frau, wonach sie Duldsamkeit und Passivität verkörpert, werden geschickt gegen sie eingesetzt, um sich gegenseitig einzuschränken. Wie in den Beziehungen der alten Gesellschaft macht man sich gegenseitig schlecht, die Frau wird immer an die letzte Stelle gesetzt, in der Revolution wird ihr nur ein Platz in der Mitte oder ganz hinten zugewiesen, alles das entspricht dem Denken und den Gewohnheiten der alten Ge-

sellschaft. Und damit wird eine falsche und noch nicht genug entwickelte Haltung gegenüber der Frau in den Reihen des Kampfes fortgesetzt.

Wir sagen, mit den Worten unseres Vorsitzenden, daß es keine Revolution geben kann, in der die Männer herrschen. Die Frauen dürfen nicht die Revolution nur aus Solidarität mit den Männern unterstützen. Sie dürfen nicht, weil sie unterdrückt und ausgebeutet sind, lediglich in der letzten Reihe der Revolution und im Hintergrund wirken, sondern sie müssen sich an der Revolution gleichberechtigt beteiligen. Sie müssen die gleiche Rolle spielen wie die Männer auch. Wir alle

kommen aus der alten Gesellschaft, ob wir patriotische Frauen und Männer, Revolutionäre und Revolutionärinnen oder Sozialistinnen und Sozialisten sind. Auch wir haben Hindernisse zu überwinden, denken in diskriminierender Weise, haben Vorurteile gegen die Frau aus der Gesellschaft, aus der wir kommen. Es wäre naiv zu behaupten, wir

würden von all dem automatisch befreit sein, indem wir uns der Partei, dem nationalen Befreiungskampf anschließen. Sich dem Kampf anzuschließen ist nur der erste Schritt. Für eine tiefgreifende Veränderung ist es notwendig, uns über unsere Persönlichkeit klar zu werden, uns von altem und überflüssigen zu befreien und die Werte und Dimensionen des/der Militanten zu erreichen.

Wenn sich die Haltung gegenüber der Frau in den Reihen des Kampfes nicht verändert, wenn die neue Haltung mißachtet und verdrängt wird, wenn sie nur auf einer oberflächlichen und daher mangelhaften Auffassung von Gleichheit beruht, dann heißt das, das traditionelle und kolonialistische patriarchale Verständnis ist noch nicht überwunden.

Teil 2



Bei der Guerilla sind Mann und Frau gleichberechtigt

ker mit ihrem eigenen Blut verteidigen, befreien kann. Ich lade alle Menschen, die die Brüderlichkeit und das Miteinanderteilen verteidigen, ein, in den Reihen der PKK zu kämpfen."

"Die gemeinsame Zukunft mit den eigenen Händen aufbauen."

Der Internationalist Haki aus der Türkei

Haki ist ein 24-jähriger Türke aus Ankara. Er hat sein Studium an der Technischen Universität im Fachbereich Chemieingenieurwesen abgebrochen, um sich der Guerilla anzuschließen. Haki, der schon in vielen Gebieten Kurdistans gekämpft hat, hat eine Guerillapraxis von zwei Jahren. Nach Haruk in Südkurdistan und Botan kam er jetzt nach Serhat. Haki ist Verantwortlicher der politischen Abteilung des Hauptquartiers der ARGK-Kommandatur Serhat. Haki, der in seiner Studienzeit die Auffassungen der PKK ken-

nenlernte, erzählte, wie er zur Guerilla gekommen ist: "Ich komme aus einer Familie kleinbürgerlichen Charakters. Meine Familie lebt in Ankara. Wir sind drei Geschwister. Mein Vater ist Bauingenieur und konnte sich nie vorstellen, daß ich eine solche Entwicklung treffen könnte. Nach meiner Immatrikulation an der Mittelost-Universität lernte ich kurdische patriotische Studenten kennen, was der erste Schritt meiner Entwicklung war. Mit der Entwicklung meines politischen Bewußtseins hatte ich die Möglichkeiten die in der Türkei vorhandenen politischen Bewegungen genau zu untersuchen. Ich habe erkannt, daß unter den in der Türkei kämpfenden politischen Bewegungen die PKK der Revolution am nächsten ist und habe mich daraufhin den Reihen der Guerilla angeschlossen. Die PKK ist heute die einzige Bewegung im Mittleren Osten, die tatsächlich in der Praxis für die Revolution und den Sozialismus kämpft."

Haki wies darauf hin, daß die PKK unter den begrenzten Möglichkeiten und

Schwierigkeiten durch ihre konsequente Ideologie und Haltung vorankommt und daß eine politische Bewegung, deren Strategie falsch wäre, keine solchen großen Entwicklungen vorweisen könnte. Zu dem aus manchen Kreisen in der Türkei gegen die PKK erhobenen Nationalismus-Vorwurf sagte Haki: "Das ist eine unzutreffende Behauptung. Um diesen Vorwurf zu widerlegen, reicht schon die Tatsache, daß bei den Serhildans des kurdischen Volkes immer die Parole der Brüderlichkeit der Völker gerufen wurde. In Kurdistan gibt es viele Organisationen, die auf der Basis des Nationalismus kämpfen. Obwohl diese Organisationen vor viel längerer Zeit gegründet wurden als die PKK, haben sie keinerlei Entwicklung erreicht. Doch die PKK ist heute so weit gekommen, weil sie ihren Kampf auf das Prinzip der Brüderlichkeit der Völker stützt. Wenn die PKK auf der Basis des Nationalismus kämpfen würde, hätten sich nicht so viele Menschen anderer Nationen ihrem Kampf angeschlossen und ihr Leben dafür gegeben". Haki erklär-



Sefkan aus Trabzon, Cayan aus Iran, Sero aus Diyarbakir, Haki aus Ankara und Haki aus Syrien

Als Beitrag zur aktuellen Debatte über die weiteren Perspektiven des Sozialismus dokumentieren wir Auszüge aus einer Rede von Abdullah Öcalan anlässlich des 1. Mai 1993. (veröffentlicht in Serxwebun Nr. 137, Mai 1993)

“Wir stehen vor Aufgaben, die dringend und unaufschiebbar sind”

Einige neue Charakteristika der sozialistischen Position heute

Die wichtigste Antwort, die wir zum 1. Mai, der zum traditionellen Einheits-, Solidaritäts- und Kampftag der werktätigen Klasse geworden ist, geben können, ist die notwendige klare und entschlossene Grundhaltung, die dem Charakter, der Ideologie und Praxis dieser Klasse entspricht. Das ist unsere Aufgabe. Es ist unbedingt notwendig, diesen Tag entsprechend zu feiern, ganz intensiv und massenhaft. Damit wollen wir dem Sozialismus, der mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus unter dem Vorwand, der Sozialismus sei gescheitert, zu Grabe getragen werden sollte, eine vollkommene Definition geben. Wenn wir das tun, werden die Wege sichtbar, die zur Lösung der historischen und aktuellen Probleme führen, als auch der ursprünglichen Probleme der Menschen. Die Unterstützung bei der Umsetzung der sozialistischen Idee in die Praxis, um diese Probleme der Menschen lösen zu können, hat nichts an seiner Dringlichkeit verloren. Ganz im Gegenteil, vielleicht wird man das mit jedem Tag noch besser verstehen. Wir stehen vor Aufgaben, die dringend und unaufschiebbar sind.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat die Probleme des Kapitalismus

sicherlich nicht verringert und bedeutet genausowenig seinen Sieg, wie von ihm behauptet wird. Ganz im Gegenteil, der Zusammenbruch des Realsozialismus hat die Probleme des Kapitalismus noch mehr verschärft und in eine ausweglose Lage geführt. Der Kapitalismus zeigt heute so starke Symptome der Fäulnis wie noch nie zuvor. Selbst die optimistischsten Analytiker kommen mindestens zu dem Schluß, daß er stagniert. Auch wenn manche vom “unendlichen Sieg des Kapitalismus” sprechen, deuten doch alle Zeichen darauf hin, daß die Einschätzung, er nähere sich unaufhaltsam seinem Ende, die realistischere ist. Die Menschheit wird zu einem noch nie dagewesenen Konsum angetrieben. Dieses Konsumwettrennen läßt sie kaum mehr zu Atem kommen. Es gelingt nicht, diesen Wachstumswahnsinn zu stoppen. Das ist die Grundlage für das Durcheinander und die Verwirrung.

Alle ausbeuterischen und unterdrückenden Klassen, besonders aber die unerbittlichste und schlimmste von ihnen, die Klasse der Kolonialisten und die kapitalistische Bourgeoisie, auf die sich das System des Kapitalismus stützt, ist schon seit langem eine der unnützlichsten Klassen, die gleichzeitig

das größte Unheil in unserer heutigen Gesellschaft verursacht.

Oft wird gesagt, daß die Oktoberrevolution eine verfrühte Revolution gewesen und deshalb auf einer mit schwerwiegenden Mängeln behafteten Struktur aufgebaut worden sei. Weil sie sich daraus nicht habe befreien können, sei es zu einer solchen Form des Sozialismus gekommen. Für die Revolutionen, die in den früheren Epochen der Geschichte entstanden, kann das auch so zutreffen. Bei jeder bedeutenden Umwälzung oder Revolution ist die unterdrückteste und unter schwersten Bedingungen arbeitende Klasse diejenige, die am weitesten links steht und die radikalste Basis der revolutionären Macht bildet. Die Sklaven, Leibeigenen und später, unter etwas veränderten Bedingungen im neuen Gewand die Arbeiter, stellen die werktätigen Klassen dar. Bekanntlich hielten sich auch die herrschenden Klassen, auch wenn sich ihr Kleid änderte, das sie immer den jeweiligen Bedingungen angepaßt haben. Der kapitalistische Imperialismus nutzte diesen Kleidertausch dazu, die Klassenmerkmale zu verwischen und zu vernebeln, um sie auf diese Weise vom Klassenkampf abzubringen und unfähig dafür zu machen. Zu diesem Zweck nutzte und nutzt er die ho-

dardaussagen. Die Diskussionen müssen erneuert werden. Deshalb muß sich mit einer Neudefinition des Sozialismus - im Sinne einer Aktualisierung - und seinem programmatischen, aktivistischen und taktischen Ausdruck befaßt werden. Es können neue sozialistische Parteien auf einer solchen Basis gegründet werden. Massenaktionsformen können so entwickelt werden. Auch die wissenschaftlich-technische Revolution kann unter dem sozialistischen Blickwinkel zur Lösung der Probleme nutzbar gemacht werden. Eine solche Herangehensweise wird mit Sicherheit innerhalb kürzester Zeit das Interesse am Sozialismus vergrößern und wird zeigen, daß er die grundlegende Quelle zur Lösung der Probleme darstellt. Es wird deutlich gemacht, daß eine angemessene sozialistische Phase gegen den sich in seiner umfassendsten Fäulnisperiode befindlichen Kapitalismus hervorgebracht werden kann.

Unsere Partei, die PKK, ist eine Bewegung, die sich schon von Anfang an gegen die negativen Folgen des Realsozialismus gestellt und den negativen Einfluß des Realsozialismus nicht selbst widerspiegelt hat. Die PKK konnte erkennen, daß ein solcher Sozialismus reichlich fehlerhaft ist, und hat trotzdem nicht die Überzeugung und sozialistische Haltung aufgegeben. Die PKK ist eine Kraft, die den Sozialismus in erster Linie unabhängig und ziemlich anspruchsvoll an die einfache

Gesellschaft des rückständigen Landes namens Kurdistan und den gesellschaftlichen Bedingungen dieses Landes angepaßt hat. Sie hat ihn in die Praxis umgesetzt und dabei bedeutenden Entwicklungen den Weg geöffnet. Auf dieser Basis wurde die Partei der PKK geformt. Die PKK ist also eine Bewegung, die in einer Zeit, in der der Realsozialismus, der weltweit mit dem kapitalistischen Imperialismus ein Gleichgewicht erreicht hatte, durch seine eigenen inneren Krisen zugrunde ging und damit dem Ansehen des Sozialismus weitgehend schadete, die größte sozialistische Aktion darstellt und es versteht, ihre ideologische Linie zu verwirklichen. In diesem Sinne ist sie eine der Bewegungen, die in Zeiten der Reaktion, in der nur wenige auf den Beinen bleiben, die aber dafür umso mehr Würde besitzen, für den Sozialismus weiterkämpfen. Natürlich sind Bewegungen, die den Kampfplatz nicht räumen und konsequent weiterkämpfen, obwohl die Herrschenden ihr Urteil gesprochen haben, die Bedingungen von der Reaktion diktiert werden, die alles unter sich begraben wollen, heldenhafte Bewegungen. Solche Bewegungen haben tatsächlich die Kompetenz, im Namen der gesamten Menschheit zu sprechen. Jede große Freiheitsbewegung ist in dem Maße, in dem sie in reaktionären Zeiten erfolgreich Widerstand leistet, nicht nur darauf begrenzt, eine Lösung für die Bedingungen des eigenen Volkes zu bie-

ten, sondern kann auch gleichzeitig die Ideale der Menschheit repräsentieren. Daher spielten in der jeweiligen Epoche auch das Christentum, der Islam und schließlich die Französische Revolution sowie die Oktoberrevolution eine solche Rolle als Repräsentanten.

Die PKK ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Menschheit

Selbst wenn wir sagen, daß wir ganz am Anfang noch nicht darauf vorbereitet und noch sehr stark eine national orientierte Bewegung waren, so machen die heute vorhandenen internationalen Bedingungen und Entwicklungen in der Region die PKK zur Repräsentantin des Sozialismus auf universeller Ebene, erzwingen das geradezu. Auch wenn wir das am Anfang nicht so erwartet hatten, empfinden wir es ohne jeden Zweifel als eine Würde, daß die rasanten Veränderungen und die verworrenen Bedingungen unsere Partei vor eine solche Aufgabe stellen. Die richtige Auffassung dieser uns gestellten Aufgabe macht es notwendig, daß wir richtig analysieren, was unser eigener Betrag dazu sein kann.

Der Mittlere Osten ist ein Gebiet, in dem viele Ideologien, die im Namen der Menschheit aufgebrochen sind, vor allem Religionen, sich mit konsequenten Aktionen entwickelt haben. Das

zeigt den Platz des Mittleren Ostens als Wiege der Menschheit, als einen Ort, der allen bestimmenden Zivilisationen einen Rahmen gegeben und die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit real vorangebracht hat. Es ist kein Zufall, daß der Mittlere Osten der Ort ist, der auf konsequenteste Weise an einer Lösung für die Probleme der Menschheit arbeitet, obwohl sich die Menschen dort in einer so schwere Lage befinden und die Krise des Imperialismus auf so extreme Weise spüren. Viele Beispiele in der Geschichte zeigen, daß sich der revo-



Kurdische Großfamilie

Spendenkampagne für Kurdistan



Kurdistan Zentrum, gemeinnütziger Verein • Maxstr. 50-52 • 53117 Bonn
Stadtsparkasse Bonn • Konto Nr: 300 103 • BLZ: 380 500 10